

Große Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Däubler-Gmelin, Frau Fuchs (Köln), Roth, Frau Renger, Frau Blunck, Frau Dr. Czempiel, Frau Fuchs (Verl), Frau Dr. Hartenstein, Frau Huber, Frau Luuk, Frau Dr. Martiny-Glotz, Frau Matthäus-Maier, Frau Odendahl, Frau Schmedt (Lengerich), Frau Schmidt (Nürnberg), Frau Simonis, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Steinhauer, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Frau Weyel, Frau Zutt, Bachmaier, Catenhusen, Dr. Diederich (Berlin), Dreßler, Egert, Glombig, Ibrügger, Immer (Altenkirchen), Dr. Kübler, Kuhlwein, Lutz, Dr. Mitzscherling, Peter (Kassel), Rohde (Hannover), Dr. Soell, Stiegler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Frauenarbeitslosigkeit

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich laufend. Obwohl Frauen nur etwa ein Drittel der Arbeitnehmer stellen, liegt ihr Anteil an den Arbeitslosen deutlich höher (46,3 v. H.). Die Zahl der im Herbst 1983 registrierten arbeitslosen Frauen (989 166) ist um 18 v. H. gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Verbesserungen zeichnen sich nicht ab. Vor allem Frauen der jüngeren und mittleren Altersgruppen sind besonders hoch von Arbeitslosigkeit betroffen. Besorgniserregend ist auch der Anteil der teilzeitarbeitslosen Frauen (236 260), denen nur 6 900 offene Stellen angeboten wurden.

Große Schwierigkeiten haben auch Frauen mit Familie, die nach einer längeren Berufsunterbrechung wieder erwerbstätig sein und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Berufsleben einsetzen wollen.

Auf dem Arbeitsmarkt findet ein zunehmender Verdrängungsprozeß von Frauen statt. Die Ausweitung der Kommunikationstechnologien, vor allem im Büro- und Dienstleistungsbereich, trägt erheblich dazu bei.

Tatenlos diesem Prozeß zusehen, hieße die Situation von Frauen weiter zu verschlechtern. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung seit langem dazu auf, die Arbeitslosigkeit – auch von Frauen – aktiv zu bekämpfen. Die Bundesregierung hat sich bisher weder festgelegt noch eine aktive Beschäftigungspolitik in Angriff genommen.

Wir fragen die Bundesregierung:

I.

1. Welche Ursachen sind nach Ansicht der Bundesregierung entscheidend für die ständig gestiegene überproportionale Frauenarbeitslosigkeit?
2. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, nach der sich die sog. Stille Reserve arbeitsloser Frauen, die nicht in der amtlichen Arbeitslosenstatistik in Erscheinung treten, auf ca. 600 000 im Jahr beläuft?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Zahl der arbeitslosen Frauen, die jedes Jahr in die Stille Reserve abgedrängt werden, stark ansteigt?
4. Wird die Bundesregierung konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Frauen
 - in gewerblich-technischen Berufsbereichen sowie
 - in qualifizierten Berufen in anderen Bereichenzu fördern und die Voraussetzungen ihrer Akzeptanz zu verbessern?
5. Wird die Bundesregierung die im Arbeitsförderungsgesetz vorgesehenen Maßnahmen für Umschulung, Weiterqualifizierung, Arbeitsbeschaffung und Wiedereingliederung von Frauen so einsetzen, daß die bestehende Arbeitslosigkeit von Frauen wirksam abgebaut werden kann? Was wird die Bundesregierung angesichts hoher Frauenarbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten tun? Werden dafür Mittel zur Verfügung stehen, und wie viele arbeitslose Frauen werden an diesen Maßnahmen beteiligt werden?
6. Hat die Bundesregierung weitere, darüber hinausgehende Schritte zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit eingeleitet?

II.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im September 1983 238 360 Teilzeitarbeitssuchenden (davon 236 260 Frauen) nur 6 900 offene Stellen angeboten wurden?
8. Welche Pläne hat die Bundesregierung, teilzeitarbeitslose Frauen im Rahmen des AFG verstärkt zu fördern? Wie hoch sind entsprechende Förderungsmittel, und wie viele Frauen sollen an solchen Maßnahmen beteiligt werden?
9. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Förderung von Teilzeitarbeit im Beamtenbereich, unabhängig von Familienstand und Geschlecht, zu ergreifen?
10. Wird die Bundesregierung durch eine gesetzliche Verankerung von Mindestbedingungen Schritte gegen die arbeits- und sozialrechtliche Benachteiligung von Teilzeitarbeitskräften einleiten? Wie bewertet die Bundesregierung insbesondere Vorschläge, die auf eine Abschaffung der Geringfügig-

keitsgrenze in der Sozialversicherung abzielen? Welche Initiativen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen?

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die im Rahmen der verschiedenen Ländermodellprogramme gewonnenen Erfahrungen mit der Subventionierung von Teilzeitarbeitsplätzen aus öffentlichen Mitteln? Hat die Bundesregierung die Absicht, eigene neue Subventionen dafür einzusetzen? Wenn ja, in welchem Umfang?
12. Welche Pläne hat die Bundesregierung, durch gesetzlich fixierte Mindestbedingungen Fehlentwicklungen bei der Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich einseitig zu Lasten der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken (z.B. Kapovaz, Jahresarbeitszeitverträge), zu unterbinden?

III.

13. Wird die Bundesregierung Schritte einleiten, damit bei dem Einsatz neuer Technologien negative Folgen für die Qualität und die Zahl der Arbeitsplätze abgewehrt und die durch das Grundgesetz gebotenen Grundsätze der sozialen Steuerung und Sozialverträglichkeit auch für die Arbeitsplätze von Frauen beachtet werden?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Mitt AB 4/83), nach der derzeit unmittelbar mindestens 400 000 Arbeitsplätze (Lohngruppe 2 und 3) durch den Einsatz von Industrierobotern bedroht sind? Wie beurteilt die Bundesregierung ferner den vom Battelle-Institut prognostizierten, durch Mikroelektronik hervorgerufenen Beschäftigungsrückgang im Dienstleistungsbereich um bis zu 30 v.H. (Frauenarbeitsplätze und neue Technologien, Frankfurt 1983, S. 200)?
15. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Battelle-Instituts (Frauenarbeitsplätze und neue Technologien), nach der die von Frauen besetzten Arbeitsplätze in den betroffenen Bereichen (insbesondere im produzierenden Gewerbe, privatem Dienstleistungsbereich und öffentlichen Dienst) besonders schnell und besonders hart von den negativen Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien sein werden?
16. Hat die Bundesregierung die Absicht, die rechtzeitige Schaffung von qualifizierten Ersatzarbeitsplätzen für diese Frauen zu fördern? In welcher Höhe stehen Mittel insbesondere zur Umschulung, Weiterqualifizierung und Wiedereingliederung von Frauen, die in unmittelbar rationalisierungs- und automatisierungsgefährdeten Bereichen beschäftigt sind, zur Verfügung? In welcher Höhe beabsichtigt die Bundesregierung darüber hinaus Mittel zur Verfügung zu stellen?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der informationstechnisch gestützten Fernarbeit? Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung von Forschungsinstituten

(IAB, Battelle), daß diese Form der betriebsfernen Arbeit in erster Linie Frauenarbeitsplätze weiter dequalifiziert?

18. Hält die Bundesregierung diese Auslagerung von Arbeitsplätzen in den Wohnbereich der Arbeitnehmer für wünschenswert? Beabsichtigt die Bundesregierung, derartige Heimarbeitsplätze mit öffentlichen Mitteln zu fördern?
19. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in informationstechnisch gestützter Fernarbeit beschäftigt sind, ihr Arbeitnehmerstatus und die damit verbundenen Schutzrechte erhalten bleiben?
20. Befürwortet die Bundesregierung Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit? Wenn ja, welchem Modell der Arbeitszeitverkürzung (tägliche, wöchentliche, Lebensarbeitszeit) gibt die Bundesregierung auch unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen den Vorzug?

Bonn, den 2. November 1983

Frau Dr. Däubler-Gmelin

Frau Fuchs (Köln)

Roth

Frau Renger

Frau Blunck

Frau Dr. Czempel

Frau Fuchs (Verl)

Frau Dr. Hartenstein

Frau Huber

Frau Luuk

Frau Dr. Martiny-Glotz

Frau Matthäus-Maier

Frau Odendahl

Frau Schmedt (Lengerich)

Frau Schmidt (Nürnberg)

Frau Simonis

Frau Dr. Skarpelis-Sperk

Frau Steinhauer

Frau Terborg

Frau Dr. Timm

Frau Traupe

Frau Weyel

Frau Zutt

Bachmaier

Catenhusen

Dr. Diederich (Berlin)

Dreßler

Egert

Glombig

Ibrügger

Immer (Altenkirchen)

Dr. Kübler

Kuhlwein

Lutz

Dr. Mitzscherling

Peter (Kassel)

Rohde (Hannover)

Dr. Soell

Stiegler

Dr. Vogel und Fraktion